Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Kuhschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt". Postscheckkonto Leipzig 86697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blatts

Nr 288 — Freitag, den 10 Dezember 1920 — 70. Jahrgang

Kurze wichtige Nachrichten.

* Nach einer Meldung des „Echo de Paris" gehen die Vorschläge der alliierten Vertreter für die Konferenz in Brüssel dahin, daß Deutschland die erste Rate in Höhe von 10 Milliarden bis 1. Juli 1921, die zweite bis 1. Januar 1922 entrichtet.

* In einer Vertreterversammlung der demokratischen Partei Münchens wurde der von Frankfurt (Main) ausgehende Antrag, die demokratische Partei solle sich zur republikanischen Staatsform bekennen, allgemein abgelehnt, weil die Frage „Republik oder Monarchie" keine Parteiändern eine Ermessungsfrage sei.

* Aus Brüssel wird gemeldet, daß die Konferenz auf Ersuchen Deutschlands erst am 13. Dezember stattfinden werde. Vorsitzender ist Delacroix.

* Die württembergische Regierung ist für beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers, aber gegen eine Verbindung mit der Zwangsanleihe.

* Nach einer Meldung der „Täglichen Rundschau" ist Frankreich mit einer Bestellung von 20000 Eisenbahnwagen an die deutschen Waggonbaufabriken in Düsseldorf herangetreten. Es handelt sich bei dieser Bestellung um Eisenbahnwagen französischer Bauart.

* Die österreichische Bundesversammlung wählte mit 129 von 214 Stimmen Dr. Michael Hainisch zum Bundespräsidenten. Auf Seitz entfielen 85 sozialdemokratische Stimmen. Der gewählte Bundespräsident gehört keiner Partei an. Er hat sich schriftstellerisch und praktisch auf national-ökonomischem und sozialpolitischem Gebiet betätigt. Er ist der Sohn der bekannten Wiener Frauenrechtlerin Marianne Hainisch. Der Präsident ist 60 Jahre alt.

Buck zum Ministerpräsidenten gewählt.

Eine kommunistische Sprengpatrone.

Dresden, 9. Dezember 1920

(SZ.) Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten ist in der Donnerstag-Sitzung des Landtages nun endlich zustande gekommen, aber unter Umständen, die sehr deutlich erkennen lassen, daß die Regierung, die der Ministerpräsident als eine rein sozialistische bilden soll, nur von sehr kurzer Dauer sein kann. Der Wortführer der Kommunisten, Abg. **Renner,** erklärte vor der Wahl, daß seine Partei nur an den Parlamentsverhandlungen teilnehme, um die Verfassung zu stürzen und um auch im Parlament die schärfste Form des Klassenkampfes führen zu können. Daraufhin mußte die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen werden, weil der Ministerpräsident unter solchen Umständen nicht mehr zur Uebernahme des Amtes geneigt war.

In den in der Zwischenzeit in den drei sozialisten Fraktionen geführten Verhandlungen wurde jedoch der Ministerpräsident wieder umgestimmt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gaben dann sowohl der Ministerpräsident als auch die Vertreter der drei sozialistischen Parteien Erklärungen ab. Die der Kommunisten enthielt die Zusicherung zur Wahl des Ministerpräsidenten, doch die erneute Androhung, daß sie die Regierung stürzen werden, sobald diese nicht Politik im kommunistischen Sinne mache. Daraufhin wurde die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen. Von 95 abgegebenen Stimmen entfielen 48 auf Buck, 20 auf Hofmann (Dtschn. Vp.), 18 auf Lüher (D. Vp.), 8 auf Dr. Seyfert (Dem) und 1 auf Dr. Hille (Zentr.).

Ministerpräsident Buck erklärte, die Wahl anzunehmen und leistete dann dem Kammerpräsidenten den Eid auf die Verfassung.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 14. Dezember mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Die Besoldungsvorlage im Reichstag angenommen.

Berlin, 9. Dezember 1910.

Ein schwüler Tag. Irgend etwas ungewöhnliches, unfaßbares liegt in der Luft. Das zeigen die äußeren Umstände. Ein Kommen und Gehen im Saale. In den Wandelgängen auf einander einsprechende Gruppen. Der Knoten wird in dem Fraktionszimmer geschürzt und entwirrt. Hier im Saale kommen nur die letzten Zuckungen, die alles in Spannung halten, zur Erscheinung. Die Teuerungszuschläge für die Beamten stehen zur Beratung. Die Regierung will nur die Erhöhung der Kinderzulagen bewilligen. Die Sozialdemokraten verlangen 60 % Zuschuß zum Grundgehalt die Unabhängigen eine Zulage bis 10000 Mark, die Deutschnationalen einen 10 %igen Teuerungszuschlag und eine 80 %ige Kinderzulage, ein Vermittlungsvorschlag der Demokraten und des Zentrums auf sofortige Auszahlung einer vorläufigen Beihilfe. Ueber die Notlage und der Bedürfnisse schneller Hilfe sind alle Redner einig.

Nur über die Mittel und Wege und über die Grenze, die durch die Leistungsfähigkeit des Reiches gegeben ist, gehen die Meinungen auseinander. Der Deutschnationale **Hergt** ist es, der an die lebensgefährliche Wunde den Finger legt als er die Frage stellt, ob die Regierung mit ihren Vorschlägen das letzte Wort gesprochen habe, und was sie bei der Annahme der weitergehenden Anträge der Parteien zu tun gedenke. Das Wort „Kabinettskrisis" fällt.

Der Reichsfinanzminister Wirth sucht den allseitigen Klagen über die Verzögerung der dringenden Angelegenheit die Spitze zu nehmen, indem er auf die Schwierigkeiten der notwendigen Verhandlungen mit den einzelnen Staaten hinwies. Als erstes Mittel stellt er die Vorschußzahlung der Januar-Gehälter in Aussicht, ohne damit viel anderes als spöttisches Gelächter der Linken zu erreichen. Die D.V.P will sich schweren Herzens auf den Boden der Regierungsvorlage stellen. Die Debatte spitzt sich immer mehr zu. Der Unabhängige **Breunig** droht mit dem Eisenbahnerstreik. Als der Demokrat **Delius** begütigen will, die Beamten würden schon mit dem Ergebnis zufrieden sein, da greift gar die Galerie mit Widerspruch ein. Der Deutschnationale Hergt verlangt klare Stellungnahme der Regierung zu den inzwischen abgeänderten deutschn. Anträgen auf 60 %igen Teuerungszuschlag und abgestufte Kinderbeihilfe. Aber der Finanzminister bleibt hart. Die Regierung kann die deutschnationalen und sozialdemokratischen Anträge nicht annehmen. Damit ist das entscheidende Wort gesprochen, das die fernere Haltung der Sozialdemokraten bestimmt. Der deutschnationale Antrag, über den man zuerst abstimmt, wird mit Hilfe der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Deutschnationalen bleiben mit ihren Wünschen für die Befriedigung der Beamtenbedürfnisse allein. Auch die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt, **die Regierungsvorlage mit großer Mehrheit angenommen.** Das Haus ist voll besetzt. Auf den Tribünen haben die Vertreter der Beamtenorganisationen den Verhandlungen gefolgt. Das Ergebnis hat naturgemäß große sichtbare Enttäuschung hervorgerufen.

Nächste Sitzung: Freitag mittag.

Das deutsch-schweizerische Finanzabkommen

Das Abkommen mit der Schweiz regelt zuerst die Frage der Gold-Hypotheken, die schweizerischen Gläubiger deutschen Schuldnern gegenüber zustehen und nach einer Klausel im Hypothekenbrief in Gold auszuzahlen sind; zweitens wird geregelt die Frage der Frankenschulden, die von deutschen Beamten in der Schweiz von deutschen Internierten, deutschen Wehrmännerfamilien und solchen Deutschen aufgenommen wurden, die sich zum Zwecke der Heilung in der Schweiz aufgehalten haben; drittens betrifft das Abkommen die Fälle, in denen während des Krieges deutsche Länder, Gemeinden und Verbände, Landwirtschaftskammern usw. für den Bezug von Vieh, Milch und anderen Nahrungsmitteln aus der Schweiz Schulden aufgenommen haben, die in Franken auszuzahlen sind. Die Schweiz ist uns in diesen Punkten entgegengekommen.

Die Frage der Goldhypotheken führte zu Streitigkeiten zwischen den schweizerischen Gläubigern und den deutschen Schuldnern und weiter zu Prozessen, die zum Teil noch der Entscheidung des Reichsgerichts unterliegen. Zur gütlichen Beilegung dieser Streitigkeiten wird nunmehr die Eidgenossenschaft den schweizerischen Gläubigern empfehlen:

1. deutschen Schuldnern auf die Dauer von 10 Jahren und, wenn die Mark auch dann noch in der Schweiz auf 50 Cents und darunter stehen sollte, für weitere 5 Jahre Stundung zu gewähren;

2. deutschen Schuldnern bei der Berechnung und Zahlung der Zinsen angemessene Erleichterungen zu gewähren und

3. über die ganze Vereinbarung dem Schuldner in Deutschland eine schriftliche Erklärung zu geben, damit ein entsprechender Eintrag ins Hypothekenbuch gemacht werden kann.

Das Deutsche Reich verpflichtet sich seinerseits, nach Ablauf der Frist von 10 oder 15 Jahren, wenn die Rückzahlung nicht in Gold erfolgt, dafür zu sorgen, daß die Gläubiger für 100 gestundete Mark 123,45 schweizerische Frank erhalten. Hinsichtlich der deutschen Frankschulden hat sich die Schweiz freiwillig zu einem großen Entgegenkommen entschlossen. Sie wird der Schweizerischen Bankvereinigung empfehlen, vor allen Dingen die Kündigung nicht zu überstürzen, und außerdem sollen die Banken, denen einem deutschen Schuldner gegenüber eine sofort vollstreckbare Urkunde ausgestellt worden ist, nicht vorgehen, bevor durch die zu errichtenden Stellen der beiden Regierungen festgestellt worden ist, daß die Einziehung der Schuld den deutschen Schuldner nicht finanziell ruiniert. Außerdem soll dem Schuldner auch die Möglichkeit einer Zinsermäßigung und einer Ratenzahlung gewährt werden. Zu den Beamten, von denen das Abkommen spricht, gehören nach Ansicht der Regierung auch die in die Schweiz abkommandierten Militärs.

Hinsichtlich der Schulden der öffentlichen Verbände, Länder und Gemeinden für bezogene Lebensmittel hat sich die Schweiz bereit erklärt, daß zur Begleichung der fälligen Schuld Waren nach der Schweiz geliefert werden. Der Berichterstatter knüpfte hieran den Wunsch, daß von der zuständigen Stelle die Ausfuhr dieser Waren nach der Schweiz möglichst erleichtert wird. Es entspreche dies besonders einem Wunsche der süddeutschen Regierungen. Minister Simons erklärte hierzu das Entgegenkommen der Reichsregierung. Der Gesetzentwurf wurde, wie bereits gemeldet, einstimmig genehmigt und hierauf noch das Gesetz zur Ausführung des Internationalen Opiumabkommens angenommen.

Deutsches Reich.

Ein weiterer Mandatsverzicht?

Dresden. Nach einer Andeutung des Präsidenten Fräßdorf bei Eröffnung der Kammer wird auch der Unabhängige Klempner Riesling-Döbeln auf sein Mandat verzichten. Sein Nachfolger würde der Angeklagte Otto Zitzel-Leipzig-Plagwitz sein, falls auch dieser nicht verzichtet. — Der starke Mandatswechsel auf der linksunabhängigen Seite ist darauf zurückzuführen, daß diese Liste infolge der Spaltung in der Partei erst kurz vor den Wahlen im letzten Augenblick aufgestellt werden mußte.

Die Oberschlesier fordern ihr Recht.

Berlin. In eindrucksvollen Kundgebungen protestierten am Mittwoch abend die in Berlin wohnenden heimattreuen Oberschlesier gegen die Absicht der Entente, die im Reich wohnenden Oberschlesier in Köln über das Schicksal ihrer Heimat abstimmen zu lassen. Einstimmig wurde folgende Resolution gefaßt: „Wir Oberschlesier und Freunde Oberschlesiens empfinden die Zumutung, nicht mit unseren Schwestern und Brüdern in der Heimat gemeinsam abzustimmen, als Faust-

SLUB
Wir führen Wissen.